

3.8NEU4 Vielfältig und frei leben: Selbstbestimmung und Anti-Diskriminierung

Antragsteller*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status: Modifiziert

1 Unsere Gesellschaft ist im Wandel. In unseren Dörfern und Städten, am Arbeitsplatz, in Schulen und
2 Sportvereinen begegnen sich Menschen mit und ohne Glauben, mit unterschiedlichen sexuellen
3 Identitäten und Hautfarben, mit und ohne Zuwanderungsgeschichten. Diese Vielfalt bereichert unser Land.
4 Ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nur mit Rechten und Pflichten, die für alle
5 gleichermaßen gelten müssen, und einer klaren Positionierung gegen jede Form von Diskriminierung und
6 Menschenfeindlichkeit. Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft, die in ihrer Vielfalt zusammenhält. Eine
7 Gesellschaft, in der jede*r selbst bestimmt leben kann und die individuelle Freiheit sowie die persönliche
8 Identität geschützt sind, auch im Netz.

9 **Religion: Jede*r nach seiner Fassung**

10 Unsere Geschichte ist eng mit dem emanzipatorischen Wirken der (evangelischen) Kirchen verbunden. So
11 sind die Friedensbewegung in Ost und West und der konziliare Prozess christlicher Kirchen für Frieden,
12 Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung Teil der Gründungsgeschichte sowohl der Grünen als auch
13 von Bündnis 90.

14 Das friedensstiftende und befreiende Element findet sich in nahezu allen Religionen. Der Glaube soll frei
15 machen, nicht fesseln. Alle Menschen sollen "nach ihrer Fassung selig werden" und müssen die Freiheit
16 haben, ihren Glauben zu leben, sei er jüdisch, christlich, muslimisch, buddhistisch, hinduistisch usw. oder
17 auch ganz frei von religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Diese Toleranz hat in Brandenburg eine lange
18 Tradition. Unsere vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf dem Grundgesetz, das wir achten und
19 verteidigen. Wir verurteilen die Diskriminierung Andersgläubiger, antidemokratische Einstellungen und
20 menschenverachtenden Fanatismus. Wir verurteilen insbesondere, wenn Religionen in diesem Sinne
21 instrumentalisiert werden oder sich instrumentalisieren lassen.

22 Viele Menschen engagieren sich auch heute aus Glaubensgründen oder geleitet von ihren Überzeugungen
23 gemeinsam mit uns für Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie
24 leisten damit einen wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da stehen wir Seit an
25 Seit.

26 Wir schätzen es zudem sehr, wenn sich Religionsgemeinschaften mit wertegebundenen Positionen aktiv an
27 der Meinungsbildung zur Stärkung unseres demokratischen Gemeinwesens beteiligen.

28 Wir unterstützen den Brandenburger Weg, das Schulfach „Lebengestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in
29 den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder
30 Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des Humanistischen Verbands zu ermöglichen.

31 Das grundgesetzliche Recht der Kirchen auf eigene Rechtssetzung soll auf verkündendes Personal
32 beschränkt sein. Wir fordern die Einbeziehung aller anderen Berufsgruppen in das allgemeine Arbeitsrecht
33 und somit auch das Streikrecht für diese Bereiche.

34
35 Mehr Transparenz wollen wir in staatliche und nichtstaatliche Zuwendungen an Religions- und
36 Weltanschauungsgemeinschaften bringen. Unser Ziel ist ein Transparenzregister. In staatliche
37 Zuwendungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wollen wir mehr Transparenz bringen.

38 **Religion: Alle nach ihrer Fassung**

39 Alle Menschen sollen nach ihrer Fasson selig werden, müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben
40 oder abzulegen, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen, seien sie jüdisch
41 oder christlich, muslimisch, buddhistisch oder hinduistisch, Humanist*innen, Atheist*innen oder frei von
42 religiös-weltanschaulichem Bekenntnis. Die Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten hat in
43 Brandenburg eine lange Tradition. Unsere vielfältige, offene Gesellschaft basiert auf den Grundrechten des
44 Grundgesetzes. Die Diskriminierung von Andersgläubigen dulden wir nicht, ebensowenig wie
45 antidemokratische Einstellungen oder menschenverachtenden Fanatismus.

46 Viele Menschen engagieren sich aus ihrem Glauben heraus oder aus Überzeugung gemeinsam mit uns für
47 Geflüchtete, eine saubere Umwelt, weltweite Gerechtigkeit oder gegen Armut. Sie leisten damit einen
48 wertvollen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir unterstützen den Brandenburger Weg,
49 das Schulfach „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER)“ in den Klassen fünf bis zehn zu unterrichten
50 und einen zusätzlichen, freiwilligen Religions- oder Weltanschauungsunterricht der Kirchen oder des
51 Humanistischen Verbands zu ermöglichen. In staatliche Zuwendungen an Religions- und
52 Weltanschauungsgemeinschaften wollen wir mehr Transparenz bringen.

53 **Queeres Brandenburg**

54
55 Wir wollen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, trans*,inter* und queere Menschen (LSBTIQ*)
56 frei von Anfeindungen, Vorurteilen und Gewalt in Brandenburg leben können. Nach einer im Jahr 2017
57 durchgeführten Online-Befragung hat fast die Hälfte (48 Prozent) aller LSBTTIQ* in Brandenburg in den
58 vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Jede sechste befragte Person erlebte in dieser
59 Zeitspanne Gewalt oder ein Verbrechen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität. Um für
60 Betroffene mögliche Hemmnisse vor einer Kontaktaufnahme mit der Brandenburger Polizei oder der
61 Staatsanwaltschaft abzubauen, wollen wir dort Stellen für hauptamtliche Ansprechpartner*innen für die
62 Belange der LSBTTIQ* schaffen. Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und trans*feindlicher
63 Straftaten wie Hasskriminalität und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und
64 Sozialarbeit.

65
66 Die bestehenden Beratungsstrukturen für Opfer trans*- und homophober Gewalt wollen wir stärken und
67 landesweit ausbauen. Die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) wollen wir mit mindestens einer*m
68 hauptamtlichen Landesantidiskriminierungsbeauftragten mit entsprechender Ausstattung besetzen.

69 Das Land hat mit dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ einen ersten Schritt gegen Diskriminierung und
70 für gleiche Rechte von LSBTTIQ* gemacht. Der Aktionsplan stellt bisher allerdings lediglich eine einfache
71 Zustandsbeschreibung dar. Wir wollen den Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ in Bezug auf Maßnahmen
72 und Kosten konkretisieren und seine schnelle Umsetzung angehen. Diese soll anhand eines regelmäßigen
73 Berichts überprüft werden. Wir wollen, dass vom Land Brandenburg für die gesamte Verwaltung eine
74 Handreichung für den Umgang mit LSBTTIQ*-Menschen entwickelt wird und Beschäftigte entsprechend
75 geschult werden.

76
77 Die gesundheitliche und soziale Situation der LSBTTIQ* wollen wir deutlich verbessern. Ein erhöhtes
78 Selbstmordrisiko, gerade unter Jugendlichen, ist leider traurige Realität, ebenso wie psychische
79 Erkrankungen wie Depressionen oder Sucht. Die Schulsozialarbeit wollen wir stärken und Beratungs- und
80 Begleitungsprojekte, die sich an LSBTTIQ* richten, verlässlich und dauerhaft fördern.

81 Der von unserer Landtagsfraktion eingebrachte Entwurf für ein Landesantidiskriminierungsgesetz hat noch
82 keine parlamentarische Mehrheit gefunden. Wir werden das Ziel weiterhin energisch verfolgen.

83 Den Schutz vor Diskriminierung wollen wir auch auf Bundesebene vorantreiben und unterstützen
84 entsprechende Bundesatsinitiativen. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen
85 und geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Statt des menschenrechtsverletzenden
86 Transsexuellengesetz fordern wir eine neue Gesetzgebung, die sich konkret an den Bedürfnissen der

87 Trans*-Menschen ausrichtet. Dafür und für die Selbstbestimmung intersexueller Menschen über ihren
88 Körper werden wir uns über den Bundesrat einsetzen.

89 **Inklusion und Teilhabe: Barrierefrei und gleichberechtigt leben**

90 Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderung
91 können – genauso wie alle anderen. Unsere Behindertenpolitik im Land Brandenburg ist eine
92 menschenrechtsorientierte Politik ohne Wenn und Aber. Die Selbstvertretungsorganisationen behinderter
93 Menschen sind bei der Gestaltung dieser Politik unsere Partner auf Augenhöhe. „Nicht ohne uns über uns“;
94 das gilt für unsere grüne Politik für Menschen mit Behinderung.

95 Im Land Brandenburg wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) konsequent umsetzen.
96 Artikel 19 der UN-BRK erkennt das Recht von Menschen mit Beeinträchtigungen an, mit den gleichen
97 Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben. Sie müssen selbst darüber
98 entscheiden können, wo und mit wem sie leben. Niemand darf in besondere Wohnformen gezwungen
99 werden. Wir haben deshalb im Landtag eine Debatte über das Bundesteilhabegesetz initiiert. Damit haben
100 wir erreicht, dass sich Brandenburg beim Bund für das Wunsch- und Wahlrecht von beeinträchtigten
101 Menschen eingesetzt hat.

102 Wir wollen eine bunte, vielfältige Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der niemand
103 ausgegrenzt wird und alle das Gefühl haben: Ich gehöre dazu. Jede und jeder soll die Unterstützung
104 erhalten, die jeweils benötigt wird. Uns geht es um Selbstentfaltung und die Möglichkeit individueller
105 Lebensentwürfe ebenso wie um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Freiheit.

106 Grundsätzlich gilt: Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deshalb braucht es neben der
107 staatlichen Verantwortung die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Kommunale Beauftragte und Beiräte für
108 Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Brandenburg muss zukünftig die
109 UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel der Inklusion vollständig umsetzen und die
110 Menschenrechte behinderter Menschen umfassend garantieren. Unter diesem Aspekt wollen wir das
111 „Behindertenpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung 2.0“ evaluieren und mit konkreten
112 Maßnahmen fortschreiben. Dazu gehört auch ein entsprechendes Monitoring.

113 **Für eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Jugendschutz und Selbstbestimmung setzt**

114 Kriminalisierung und Repression sind keine erfolgreichen Maßnahmen gegen Drogen und
115 Suchterkrankungen. Unser Ziel ist es, die Selbstbestimmungsrechte von Menschen zu achten und
116 gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir wollen dem Schwarzmarkt das Wasser abgraben und zugleich
117 Konsumfreiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Bürger*innen stärken. Wir befürworten
118 eine Entkriminalisierung von Cannabis, beginnend mit der Anpassung an die Berliner Rechtslage. Diese
119 besagt, dass gegen den Besitz von weniger als 10 Gramm Marihuana nicht strafrechtlich ermittelt werden
120 darf und auch noch bei Mengen von bis zu 15 Gramm eine Einstellung des Verfahrens möglich ist. Wir
121 möchten diese Regelung auch in Brandenburg einführen. Außerdem soll ein Modellprojekt die legale
122 Abgabe von Cannabis an Volljährige ermöglichen. Als letzten Schritt wollen wir uns im Bundesrat
123 gemeinsam mit anderen Bundesländern für eine Streichung von Cannabis aus dem
124 Betäubungsmittelgesetz und einen strikt regulierten, legalen Markt für Cannabis starkmachen. Wir wollen
125 Jugendschutz mit strengen Kontrollen und mehr Prävention – ganz nach dem Prinzip „Aufklärung und
126 Transparenz statt Vorenthaltung von Information“. Gesundheitsrisiken für erwachsene Konsument*innen
127 wollen wir durch die Überprüfung auf Streckmittel minimieren.

128 Da sich der Konsum illegaler Drogen nie hundertprozentig verhindern lassen wird, wollen wir
129 Drugchecking, also die anonyme Überprüfung von chemischen Substanzen auf Streckmittel, ermöglichen
130 und somit die Gesundheitsrisiken senken.

131 Alternativvorschlag Grüne Jugend:

132 Zur Minimierung von Gesundheitsrisiken und vermeidbaren Todesfällen wollen wir in Brandenburg, nach
133 dem Vorbild anderer Bundesländer wie Berlin, Drogenkonsumräume schaffen, die niedrigschwellige

134 Anlaufstationen sein sollen und weiterführende Präventionsmaßnahmen vermitteln. Auch Projekte wie
135 Drugchecking, also die Überprüfung von Substanzen auf Streckmittel und Reinheitsgehalt, wollen wir,
136 etwa für mehr Sicherheit bei Festivals, prüfen und zügig zum Einsatz bringen. Unsere Leitlinie ist klar:
137 Gesundheit und Mündigkeit, statt Repression und Angst.